

Protokollauszug aus der 36. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport vom 22.02.2018

öffentlich

Top 6.2 Festanstellung und Honorarerhöhung für Kursleitende der Volkshochschule Potsdam 18/SVV/0050 zur Kenntnis genommen

Frau Aubel geht kurz auf die Umfrageergebnisse ein, welche ausführlich in der Mitteilungsvorlage dargestellt sind. Im Rahmen einer Onlinebefragung sind 121 Dozentinnen und Dozenten kontaktiert worden, wovon 52 Dozierende, also 43 %, an der Umfrage teilgenommen haben. 90 % davon haben sich sehr zufrieden bezüglich der Arbeitsbedingungen geäußert. 8 der Teilnehmer haben angegeben, regelmäßig 15 Stunden oder mehr pro Woche für die Volkshochschule tätig zu sein. 21 Teilnehmer, das entspricht 40 %, sprachen sich für höhere Honorare aus, 11 Teilnehmer (21 %) favorisierten Zuschüsse zu den Sozialabgaben und 15 Teilnehmer (29 %) plädierten für eine Festanstellung, davon 21 % für eine Festanstellung in Teilzeit und 8 % (4 Teilnehmer) für eine Festanstellung in Vollzeit. Die Verwaltung sowie die unterschiedlichsten Verbände, beispielsweise die Volkshochschule, oder auch der Städte- und Gemeindebund, vertritt die Auffassung, dass das System der Volkshochschule von freiberuflichen Dozierenden lebt. Es wird dringend angeraten, eine bundesweite Lösung für die Zielgruppe, die analog der Künstler-sozialkasse ausgestattet werden müsste.

Die Landeshauptstadt spricht sich dafür aus, die Honorare, die derzeit bei 30 € pro Unterrichtseinheit liegen, die BAMF-Kurse bei 35 €, auf diesem Niveau zu bestätigen. Eine differenzierte Honorarordnung zugrunde zu legen in Abhängigkeit von der Qualifikation des Dozierenden und dem jeweiligen Angebot. Bei Dozierenden die ausschließlich von ihrer Tätigkeit leben würden, müsste das Honorar auf einen Satz von 55-60 € pro Unterrichtsstunde erhöht werden.

Laut der Aussage der Rechtsabteilung ist eine Zuzahlung von Sozialabgaben nicht ratsam, da dadurch suggeriert werden würde, dass es sich um ein Arbeitnehmer ähnliches Verhältnis handle. Die Kommunen die so agierten, täten dies in der Regel auf der Basis landesgesetzlicher Regelungen, bspw. Berlin.

Die Verwaltung kann sich vorstellen, dass perspektivisch drei neue Stellen geschaffen werden, um die Bereiche Grundbildung, Deutsch, Integration etc. abzudecken. Allerdings sind diese Stellen und der finanzielle Aufwand bisher noch nicht in der Haushaltsplanung vorhanden.

Frau Spaan bedankt sich bei der Verwaltung und bringt ein, dass der Großteil der Mitarbeiter der Volkshochschule mehr soziale Absicherung benötige. Sie verglich die Berliner Volkshochschulen mit der hiesigen.

Herr Xhyra erläutert die Ergebnisse des Finanzausschusses bezüglich der Volkshochschule Potsdam am 21.02.2018. Gleichzeitig verweist er erneut darauf, dass die Honorarhöhe der Potsdamer Volkshochschule im Vergleich mit anderen Volkshochschulen in Brandenburg und bundesweit sehr hoch ist. Er verweist darauf, dass Berlin einen Sonderstatus hat. Es gibt bis jetzt keinen Volkshochschul-Dachverband wie in Brandenburg. Dafür kämpfen die Berliner Kollegen seit Jahren.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis**.